



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

entschieden antirussisch und als Unterzeichner des pariser Friedens wird er Alles anbieten um im Einklang mit Frankreich und Oestreich den russisch-griechischen Agitationen entgegenzutreten. Außerdem bringt er dem Cabinet für die nächste Hauptfrage eine besonders werthvolle Unterstützung, weil er längere Zeit Vizekönig von Irland war und als solcher mit Autorität über die Kirchenfrage sprechen kann. Secretär für Irland ist Fortescue geworden, der Mann der bekannten Lady Waldegrave, der Egeria der Whigs; er hat sich durch eingehende Studien und einige tüchtige Schriften über irische Verhältnisse bekannt gemacht.

Die augenblickliche kurze Session des Parlamentes ist nur zum Einschwören der Mitglieder bestimmt; erst Mitte Januar wird die eigentliche Arbeit beginnen; bis dahin muß Gladstone seine Bill über die irische Kirche einbringen und alle Welt erwartet mit Spannung, was er vorschlagen wird. Leicht ist seine Aufgabe nicht: Dürraeli wird das Seinige thun sie so schwer wie möglich zu machen und seine Stellung in der Opposition wird um so gefährlicher als er jeden Compromiß annehmen kann, welcher nur die Staatskirche nicht vollkommen zerstört, während Gladstone sich durch seine Resolutionen schon für dieses Extrem gebunden hat. Das Schiff des neuen Cabinets ist vom Stapel gelaufen, aber erst die Folge wird zeigen, ob und wie es schwimmen kann.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 20. December.

Für die politische Welt pflegt bereits der 24. December den JahresSchluß zu bezeichnen und die letzte Decemberwoche der Ruhe gewidmet zu sein. In diesem Jahre kann es leicht geschehn, daß die sonst neutralen letzten Decembertage kriegerischer und ereignißvoller werden, als die 355 Tage, welche ihnen vorausgegangen waren. In Spanien ist der Bürgerkrieg ausgebrochen, der schon nach dem ersten Monat Prim-Serrano'scher Politik voraus zu berechnen war; im Orient stehen Türken und Griechen einander mit entfesselter Leidenschaft gegenüber; Oestreich zeigt trotz seiner unaufhörlichen Friedensversicherungen die deutliche Absicht, aus der Zurückhaltung, in welche es durch das Jahr 1866 versetzt worden, wieder herauszutreten; in Frankreich ist ein Ministerwechsel eingetreten, dessen Bedeutung sehr viel disputabler ist, als die Optimisten wahr haben wollen; in England ist Lord Clarendon Leiter des auswärtigen Amtes geworden und die deutsche Frage droht durch die Rüstungen der offenburger Coalition gegen das Ministerium Jolly in eine neue Phase von wesentlich reactionärem Charakter gezogen zu werden.

Was zunächst den türkisch-griechischen Conflict anlangt, so steht über denselben nur fest, daß er mit dem Sturz des Ministeriums Bratiano in Verbindung steht und daß die Pforte erst seit sie an der Donau degagirt worden die Möglichkeit gehabt hat, energisch gegen Griechenland, als den intellectuellen Urheber der Fortdauer des Candiotenaufstandes vorzugehen. Im Uebrigen wissen wir nur, was über die Dinge gesagt wird, nicht wie es wirklich um dieselben bestellt ist. Die Journale Frankreichs und Englands begnügen sich damit die Haltung des griechischen Cabinets zu tabeln, lassen aber völlig unerörtert, daß dasselbe unter dem Druck einer nationalen Agitation steht, die der jungen Dynastie leicht über den Kopf wachsen kann, wenn sie sich den Volkswünschen unzugänglich erweist. In Wien bemüht man sich das neue rumänische Cabinet für ebenso friedensgefährlich auszugeben wie das frühere und die hohe Pforte in den Anläufen zu einer energischen Haltung nach Kräften zu unterstützen; die officiöse preussische Presse wälzt dagegen die Hauptverantwortung für die Friedensstörungen im Orient auf den zum Grafen ernannten Reichskanzler von Beust — nur darin sind die Organe der verschiedenen Länder und Farben einig, daß die europäischen Großmächte allesammt bemüht seien, einen Ausgleich zwischen dem Divan und dem Ministerium Bulgariis herbeizuführen. Daß auch Rußland an diesen Bestrebungen Theil nehme und die griechische Nachgiebigkeit ebenso lebhaft wünsche, wie irgend einer der anderen theilhaftigen Staaten, ist bis jetzt von Niemanden in Zweifel gezogen worden, obgleich die russische Presse eine von der westeuropäischen wesentlich verschiedene Sprache spricht. Auch der Invalide hofft auf die Möglichkeit einer Verständigung, aber er erklärt zugleich, daß die türkischen Forderungen nur sehr theilweise zu erfüllen seien; seiner Meinung nach ist der Vorwurf einer Unterstützung des Candiotenaufstandes durch den griechischen Staat oder die griechische Regierung vollständig unbegründet — die griechische Gesellschaft habe es nicht über sich gewinnen können, die unter dem Joch der barbarischen Muselmänner schmachenden Brüder ohne Weiteres Preis zu geben, und die Regierung könne sie an der Bethätigung dieser löblichen Empfindungen nicht verhindern, ohne die Verfassung und namentlich das verfassungsmäßige Coalitionsrecht zu verletzen. Wenn hinterher versichert wird, Griechenland könne immerhin im Einzelnen nachgeben, z. B. der Rückkehr der geflüchteten Candioten in ihre Heimath keine Hindernisse in den Weg legen, so will das Nichts sagen: daß die Türkei sich mit der Erfüllung dieser einen Forderung nicht begnügen kann, nachdem sie in ihrem Ultimatum Garantien gegen jede fernere Unterstützung der Aufständischen verlangte, liegt auf der flachen Hand. Gegenstand des Unwillens und Störer des orientalischen Friedens ist in den Augen des russischen officiösen Blattes überhaupt nicht Griechenland, sondern Oestreich, welches die Pforte aufge-

heßt, England auf die Seite der Türkei gebracht und dadurch Preußen genöthigt hat, die bekannte Schwenkung in der rumänischen Frage vorzunehmen und dadurch die Pforte zu degagiren. Noch weiter gehen die Organe der national-russischen Partei: nicht Oestreich — Preußen ist an dem Conflict zwischen Türken und Griechen Schuld; Graf Bismarck hat diesen Handel angestiftet, um Frankreich abzulenken, nachdem ihm die Erreichung dieses Zwecks weder in Spanien, noch in Rumänien, noch in der Bulgarei gelungen war. An diese in heftigster Weise vorgebrachte Anschuldigung knüpft sich dann die erneute Forderung, die Situation richtig zu benutzen, dem isolirten Frankreich die Hand zu bieten und über Preußens Kopf hinweg mit Napoleon III. ein Bündniß zu schließen.

Entsprechend dieser Verschiedenheit in der Auffassung des türkisch-griechischen Conflicts stehen sich auch die Meinungen der verschiedenen Cabinette über die gegenwärtige Lage in Rumänien ziemlich unvermittelt gegenüber. Während man in Berlin der Ansicht ist, das Ministerium Gika-Goltzscheano habe in ruhige und friedliche Bahnen gelenkt, während die Russen darüber klagen, daß Rumänien sich vollständig der Pforte gefügt und dieser dadurch freie Hand gegeben habe, bleiben die wiener Officiösen dabei, daß Brattiano nach wie vor die Seele der Regierung bilde, daß nur die Namen gewechselt hätten und daß das bukarester Cabinet nach wie vor den Frieden des Welttheils gefährde. Auch in Paris scheint man über die rumänische „Gefahr“ keineswegs ganz beruhigt zu sein.

Wie die Dinge wirklich stehen und ob die Kriegsgefahr drohend ist, wird schwerlich irgend Jemand wissen; alle Conjecturen darüber sind vergeblich. Aber auch ohne Kenntniß der wahren Sachlage und bloß auf Grund dessen, was die officiösen Organe der verschiedenen Staaten für ihre Meinung ausgeben, läßt sich behaupten, daß der Ausbruch eines wirklichen Conflicts zwischen Freunden und Feinden der Pforte im gegenwärtigen Augenblick für uns eine Verlegenheit wäre. Preußen müßte seine Partie nehmen, ohne voraus berechnen zu können, wie weit es gehen will — selbst der Einsatz und Gewinn, auf den für den Fall einer neuen Blutarbeit an der orientalischen Frage für uns zu rechnen wäre, ist ein schwankender. Kommt es zu einem wirklichen Zusammenstoß, so steht Preußen nicht nur zwischen Rußland und Frankreich, sondern zugleich zwischen Rußland und England. Eine Verständigung zwischen Napoleon III. und dem großen Slavenstaat ist an und für sich unwahrscheinlich, doch aber nicht unmöglich — sicher ist nur, daß diese Verständigung auf Unkosten Preußens erfolgen würde. Bleibt es bei einem Zusammengehen des berliner Cabinets mit Petersburg, so muß Preußen sich soweit engagiren, daß seine guten Beziehungen zu England für die Dauer nicht mehr haltbar bleiben.

An all diese Möglichkeiten zu denken, ist freilich jetzt noch nicht an der Zeit; will man aber ein klares Bild unserer wirklichen Situation behalten, so dürfen sie nicht außer Augen gesetzt werden — auch nicht bei Beurtheilung jener Fragen der inneren Politik, welche so sehr im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, daß sie und nicht unsere Beziehungen zum Auslande die Kriterien für die Parteinahme und die Gesinnungsgenossenschaft in Deutschland bilden. Der andere Grund, aus welchem die Bedeutung, welche der türkisch-griechische Conflict für unsere Zukunft hat, häufig genug übersehen wird, ist die Gewöhnung daran, immer nur nach Frankreichs augenblicklichen Stimmungen und Absichten zu fragen. Diese gelten seit der Ernennung Lavalette's zum Nachfolger des Marquis de Moustier für besonders friedliche — nicht sowohl, weil Herr v. Lavalette an und für sich eine Friedensgarantie bietet, als weil die Befürchtungen vor der Reactivirung Drouyn's de Lhuys unerfüllt geblieben sind. An Lavalette's Namen knüpfen sich sogar Hoffnungen auf eine friedliche Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage, da dieser Staatsmann sich im Februar 1853 abberufen ließ, um nicht die Verantwortung für einen Bruch mit Rußland auf sich zu laden. An der gegenwärtigen Beurtheilung Lavalette's haben das Friedensbedürfniß und der Optimismus offenbar einen bedeutenden Antheil: wie die französische Regierung es fertig bringen will, auf dem gegenwärtig beschrittenen Wege der Repression im Innern Frieden zu behalten und zugleich mit Preußen und Rußland auf gutem Fuß zu bleiben, ist aber um so schwerer abzusehen, als die Griechen sich eigentlich schon um die Möglichkeit des Nachgebens gegen die Pforte gebracht haben. — Was Frankreichs Beziehungen zu uns anlangt, so werden die Leser der vielbesprochenen Mediationsartikel des Journal des Debats sich der Empfindung kaum erwehren können, daß dieselben auf ein Ultimatum gestellt sind, dessen Einhaltung beiden Theilen gleich schwer fällt. Der Preis, um den die Debats den europäischen Frieden gewahrt glauben, kann unsererseits nicht gezahlt werden, und die Franzosen glauben bereits eine Concession zu machen, wenn sie sich die Auslegung des prager Friedens dauernd gefallen lassen, welche die Basis unserer gegenwärtigen Beziehungen zum Süden bildet. Freilich wenn man keine anderen politischen Barometer zur Hand nimmt, als die Aeußerungen der officiösen Journale von Paris und Berlin, so steht Alles zum Besten. Man braucht aber nur nach Wien hinüber zu sehen, um andere Eindrücke zu erhalten — und unserer Meinung nach ist kein Grund vorhanden, aus welchem der frühere Zusammenhang zwischen wiener und pariser Stimmungen gegenwärtig nicht mehr bestehen sollte. Nahm man noch vor Kurzem an, daß die pariser Lärmtrompeten immer zugleich im eigenen Namen und in dem der wiener Regierung erklingen, so ist nicht abzusehen, warum nicht gegenwärtig die Rollen getauscht sein sollten. Sind doch die Regisseure unverändert dieselben geblieben. Aber diese Erwägungen, in denen man sich zwei Jahre lang bis zum Ueberdruß erging und deren Nichtberücksichtigung für ein Zeichen des größten Dilettantismus galt, sind jetzt zurückgestellt und die Conjecturalpolitiker haben die Friedenssicherheit plötzlich zur Bedingung jeder Art politischer Zurech-

nungsfähigkeit gemacht. Gerade wie damals gehen wir auch jetzt im Nebel und die Sprache scheint der Presse nur gegeben zu sein — nicht um die Gedanken, sondern um die Thatfachen zu verhüllen.

Neben den Baudin-Processen und den polizeilichen Untersuchungen über die Demonstrationen vom 2. und 3. December stehen die spanischen Nachrichten im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit von Paris. Die großen Tage des Gaulois und seiner madrider Gönner sind rasch zu Ende gegangen; das von der provisorischen Regierung bewaffnete Volk hat seine Waffen gegen diese Regierung und damit zugleich gegen die Sache der Revolution gewandt. Carlisten und Clericale der verschiedensten Richtungen haben sich mit den Republicanern verbunden, um die mühsam gewährte Ordnung über den Haufen zu werfen und in den trüben Wassern eines allgemeinen Bürgerkrieges zu fischen. Zwar sind die Rebellen von Cadix nach ziemlich hartem Kampf zur Unterwerfung gezwungen worden — aber um einen hohen Preis. Die Anleihe, welche eben im Gange war, ist auch nach der Meinung der Freunde der provisorischen Regierung als gescheitert anzusehen und es bedarf eines besonders günstigen Gangs der Dinge, damit die Börsen auch nur zu der Stimmung zurückkehren, welche sie vor dem cadixer Pronunciamiento zeigten. Dem steigenden Einfluß der Republicaner und ihrer Bundesgenossen wissen die Regierungsmänner Nichts entgegen zu setzen, als langathmige Manifeste, die dieselben Dinge bis zum Ueberdruß wiederholen. Keines der Glieder der provisorischen Regierung kann sich rühmen in der Meinung seiner Landsleute eine wirklich unerschütterliche Ehren- und Machtstellung zu besitzen; der Glaube an die Ehrlichkeit der Prim, Serrano u. reicht nicht weiter als ihr Parteeinfluß und daß der General-Capitän der spanischen Armee ausdrücklich versichern mußte, daß er sich nicht mit ehrgeizigen und egoistischen Plänen trage, beweist, daß der moralische Credit dieses Mannes in Spanien auf ebenso schwachen Füßen steht, wie sein politischer Credit im übrigen Europa.

Wie die Sache der constitutionellen Monarchie auf der Halbinsel gerettet werden soll, wissen ihre Freunde uns am wenigsten zu sagen: die kleinen Mittel, mit denen eine Regierung unbändig werdende Massen zu bändigen pflegt, sind verbraucht worden, ehe die provisorische Regierung auch nur selbst mußte, was sie damit wollte. Das eine große Mittel zur Sammlung und Concentration des Volkswillens und der Volkskraft, die Aufstellung einer ernstlich gewollten Throncandidatur ist im rechten Augenblick versäumt worden und kann nicht mehr nachgeholt werden, zumal der leitende Staatsmann selbst erklärt hat, in dieser Beziehung keine bestimmten Ueberzeugungen zu besitzen und nur dem guten Glück Spaniens zu vertrauen. Hat sich zur Zeit der Flitterwochen der spanischen Revolution kein europäischer Prinz gefunden, der zur Thronfolge Isabella's II. Neigung und Fähigkeit zeigte, so sind die Hoffnungen, einen solchen ausfindig zu machen, seit den Stürmen von Cadix unter Null gesunken. Von der Republik aber irgend Etwas für die Freiheit jenseits der Pyrenäen zu erwarten, ist von Hause aus das Privilegium einzelner unverbesserlicher Doctrinäre gewesen, deren Zahl sich neuerdings noch beträchtlich vermindert haben dürfte, und so ergibt sich schon jetzt das Chaos als letztes Resultat. Hätte die französische Regierung nicht durch die Ungeschicklichkeiten der letzten Monate allzu tief in das eigene Fleisch geschnitten und stünden für Frankreich nicht Neuwahlen vor der Thür, welche die Activität der alten Parteien ungewöhnlich gesteigert haben, so hörte die spanische Revolution wohl schon in nächster Zukunft auf, die Handlungsfreiheit Napoleon's III. zu beschränken. Diese Revolution und ihren moralischen Einfluß auf die

Franzosen gefürchtet zu haben, gehört zu den deutlichsten Armuthszeugnissen, welche das zweite Kaiserthum sich selbst ausgestellt hat.

Die constituirenden Cortes treten erst im Februar des nächsten Jahres zusammen, das englische Parlament ist nach der Constituirung des neuen Cabinets Gladstone-Clarendon-Lowe-Bright bis zu dem gleichen Zeitpunkt vertagt worden, der Zeitpunkt für die Wiedereinberufung des Corps législatif noch nicht bekannt; die Volksvertretungen beider österreichischen Reichshälften, das italienische Parlament und die Kammern von Preußen, Bayern und Württemberg haben ihre winterliche Thätigkeit bereits aufgenommen. Während man in Stuttgart und München noch damit beschäftigt ist, das Räderwerk der constitutionellen Maschine in Gang zu bringen, die schwäbische Volksvertretung eine jener großen europäischen Adressdebatten vorbereitet, mit denen die Kleinstaaterei sich herkömmlich für ihre äußere und innere Ohnmacht entschädigt, sitzt man in Preußen bereits tief in der praktischen Arbeit. Seit die Budgetberathungen im Plenum üblich geworden sind, hat für den preussischen Parlamentarismus ein neuer Lehrkursus begonnen, an dessen instructiver Wichtigkeit wir nicht zweifeln, der aber zugleich die Unfertigkeit unseres constitutionellen Lebens aufs Deutlichste nachgewiesen hat. So lange das eigentliche Gewicht in den Commissionsverhandlungen lag, trugen die Plenarversammlungen das Gepräge einer formalen Sicherheit, die allerdings für die Masse der Außenstehenden imposant war, dem Verständniß derselben aber ebenso wenig abwarf, wie der Förderung der nicht zu diesen Commissionen gehörigen Parlamentsglieder. Das ist gründlich anders geworden, seit die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zur Wahrheit geworden ist und auch Nichteingeweihte mit dem eigentlichen Mechanismus der Budgetbehandlung bekannt gemacht hat. Die eine Debatte über das Cultusministerium hat uns bewiesen, wie viel noch zu thun ist, damit unsere Volksvertretung auch nur den Einfluß vollgiltig ausübt, den ihr die Regierung zugestehet und über dessen Beschränktheit wir bisher zu klagen gewohnt waren. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist zu viel wirkliche Tüchtigkeit und zu viel guter Wille vorhanden, als daß nicht schon von dieser Debatte gelernt und der Wiederkehr ähnlicher Mißerfolge durch Verstärkung der Parteidisziplin vorgebeugt werden könnte und darum braucht es uns noch nicht zu gereuen, daß der große, lang vorbereitete Angriff auf den Unterrichtsminister in den Sumpf verlaufen ist. Und ein Sumpf ist es, in den die Wasser der parlamentarischen Beredsamkeit den zum Ziel führenden Weg verwandelt haben. Der gegenwärtige Zeitpunkt und ganz besonders der Vorgang mit dem Justizminister Leonhardt hätten allerdings wünschenswerth gemacht, daß das Abgeordnetenhaus der Regierung den ganzen Umfang des Gewichts zeige, das ihm immer noch geblieben; aber es ist für eine gesunde, nicht blos auf den Schein gerichtete Entwicklung unseres parlamentarischen Lebens zu hohe Zeit, als daß Mißgriffe und Unfälle bedauert werden dürften, die gemacht werden konnten, von denen sich aber, wenn sie gemacht wurden, Etwas für die Zukunft lernen läßt. Ob schon die nächste Zukunft für die Verwerthung der gemachten Erfahrungen günstig sein wird, mag dahin gestellt bleiben; das aber dürfte feststehen, daß die Fähigkeit zum Lernen überhaupt zugenommen hat, seit das Jahr 1866 die Nothwendigkeit einer Revision unserer politischen und parlamentarischen Begriffe schlagend nachwies.

Daß die Zahl der unbelehrten Deutschen immer noch eine sehr beträchtliche ist, haben wir leider in dem letzten Monat durch ein neues Exempel erfahren müssen und zwar von einer Seite her, die lang genug für ein Muster parlamentarischer Reife galt. In Baden ist das Ministerium Jolly, der ein-

zige sichere Vorposten, den die nationale Sache südlich vom Main besitz, die einzige Regierung, welche mit ihrer deutschen Gesinnung Ernst machte und den Worten die entsprechenden Thaten folgen ließ — in seinem Bestande erschüttert worden und zwar nicht durch die Uebermacht „feudaler“ oder ultramontaner Gegner, nicht durch das Geschrei unzurechnungsfähiger Föderativ-Republikaner oder „europäischer“ Demokraten, sondern durch die Disciplinlosigkeit und Kurzsichtigkeit der eigenen Freunde, die sich durchaus der Philisterschaar gleichstellen wollen, für welche es nur das Entweder-Oder der Theorie gibt und die was sie besitzt aus Händen geben will, weil sie nicht Alles hat. Was für das Kennzeichen wahrer politischer Bildung und bisher für den besondern Ruhm des badischen Liberalismus galt, die Fähigkeit alle Kräfte auf ein Hauptziel zu concentriren, in weiser Selbstbeschränkung, continuirlich und nicht sprungweise vorzurücken, gesicherten Besitz chimärischen Möglichkeiten vorzuziehen — das Alles soll kleinlichen Verstimmungen des Augenblicks, localen Rücksichten und Vorurtheilen geopfert werden, auf deren Verständniß außerhalb Badens die Männer von Offenbach selbst nicht rechnen und für die man um die Namen verlegen sein wird, wenn dereinst über die große deutsche Sache Abrechnung gehalten wird. Wenn die badischen Unzufriedenen irgend gewissenhaft sind, so werden sie sich selbst sagen müssen, daß es sich bei der Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Ministeriums Jolly in erster Linie um ein Interesse handelt, über welches sie gar kein Verfügungsrecht besitzen, weil es kein specifisch badisches ist. Gäbe es wirklich eine große nationale Partei — und die badischen Liberalen haben sich mit Stolz zu dem Kern derselben gezählt — so durften die Männer von Offenburg nicht wagen, ohne Zustimmung derselben eine Regierung zu stürzen, welche Freunden und Feinden bis jetzt für die beste Garantie der nationalen Sache im Süden, das wesentlichste Hinderniß jenes Südbundes galt, dessen Aufrichtung die Hälfte aller Errungenschaften von 1866 in Frage stellte. Zum Ueberflus steht noch außerdem fest, daß das Zustandekommen dieses Bündnisses die Liberalen Badens um die Arbeit eines Jahrzehnts bringen und ihre intimsten Gegner in die Herrschaft einsehen würde. Aber das Alles wird herkömmlich außer Augen gesetzt, wo die deutsche Leidenschaft der Rechthaberei in kleinen Dingen ein Mal erregt, die Möglichkeit aufgethan ist, urtheilslosen Wählern die frohe Botschaft von einem neuen Siege des parlamentarischen „Princips“ zu verkünden. So sind die Hoffnungen auf Ernüchterung und Bestimmung in der ersten Stunde als ziemlich gering anzusehen. Ob die preußische Regierung dieser Gefährdung des einzigen zuverlässigen Allirten im Süden ruhig zusehen oder durch dieselbe zu einem entscheidenden Schritt in der deutschen Frage veranlaßt werden wird, hängt wesentlich davon ab, ob die Lage der großen europäischen Politik dieselbe bleibt oder ob der türkisch-griechische Conflict einen Umschwung und eine Klärung herbeiführt. Erst nach der Entscheidung hierüber wird es überhaupt wieder möglich sein, über die Aussichten des J. 1869 für Deutschland zu urtheilen und nicht bloß zu conjecturiren.

Mit **Nr. 1** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im December 1868.

Die Verlags-Handlung.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Gårdt**.
Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hützel & Wegler** in Leipzig.